

Wie NRW über die Neuberechnung von Hartz IV diskutiert Wahlkampfthema Armut

Von Nina Magoley

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-Regelsätze hat bei Arbeitslosen Hoffnungen auf mehr Geld geweckt. Gleichzeitig ist auch in NRW eine hitzige Diskussion darüber ausgebrochen, wie viel Geld ein "menschenwürdiges Leben" eigentlich kostet - und wie viel davon der Staat zahlen soll.



Ein Urteil mit Wirkung

Die Debatte um das Hartz-IV-Urteil des Verfassungsgerichts wird angeheizt vor allem durch Äußerungen von Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP). Erhöhte Unterhaltszahlungen an Arbeitslose führten dazu, dass sich kaum noch jemand bei der Arbeitssuche anstrenge, meint Westerwelle. Er warnte vor "spätromischer Dekadenz" durch "anstrengungslosen Wohlstand", vor einem "Vollversorgerstaat" und "sozialistischen" Verhältnissen. Unter den Befürwortern der Neuberechnung wird dagegen diskutiert, ob den Hartz-IV-Bedürftigen

zukünftig mehr Geld ausgezahlt werden sollte oder ob die zusätzlichen Ausgaben besser in Infrastrukturen investiert werden, etwa Kindergartenplätze oder Jugendbetreuung.

🔊 OECD-Studie über Hartz IV [WDR 2]

Armut wird zum Wahlkampfthema in NRW

Auch im NRW-Landtag ist das Urteil ein willkommener Anlass für alle Parteien, so kurz vor den Landtagswahlen im Mai nochmal richtig auf die Kontrahenten einzudreschen. Das Urteil sei "eine schallende Ohrfeige für sämtliche SPD-Arbeitsminister von Clement bis Scholz", ließ Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) verlauten, die "jahrelang alle Signale aus der Fachwelt ignoriert" hätten. Endlich sei der Weg frei für eine bedarfsgerechte Regelung. Ganz anders sieht es der Koalitionspartner FDP: Man stehe hinter den Äußerungen von FDP-Bundeschef Guido Westerwelle. "Auch im Landtagswahlkampf wollen wir eine Debatte über mehr Leistungsgerechtigkeit führen", erklärt der NRW-Vorsitzende Gerhard Papke. Deutlich formulieren die NRW-Grünen den Appell an Arbeitsminister Laumann zu "handeln". Anstatt Millionen Arbeitslose zu diffamieren, sagt die sozialpolitische Sprecherin Barbara Steffens, müsse man sich einig werden darüber, was ein Existenzminimum sei. "Oder ehrlich erklären, dass wir kein Sozialstaat sind".



Arbeitsminister Laumann

"Nichts lieber tun als arbeiten"

An der Basis, dort, wo die viel besprochenen Arbeitslosen täglich vorsprechen, herrscht einhellig Empörung über diese Diskussion. "Die, die wirklich nicht arbeiten wollen, sind die absolute Minderheit", sagt Methe Weber-Bonsiepen. Sie leitet den Fachbereich Kinder und Familie bei der Caritas in Gelsenkirchen, der Stadt, die als eine der ärmsten in NRW gilt. "Fast jeder, den wir hier sehen, würde nichts lieber tun als zu arbeiten." Rund die Hälfte der Hartz-IV-Empfänger in Gelsenkirchen seien alleinerziehende Mütter. "Auch die unter ihnen, die ihren Haushalt sehr gut planen, sagen, dass es besonders für die Kinder hinten und vorne nicht reicht." Ein Ausflug ins Schwimmbad oder ein Eis mit Freunden, das sei bei vielen höchstens einmal im Monat oder seltener möglich. "Solche Kinder haben längst keine soziale Teilhabe an der Gesellschaft mehr."

🔊 Was ist Armut? [WDR 5]

🔊 Westerwelle, der Esel und die römische Dekadenz [WDR 2]

- Hartz-IV-Familien haben wenig Anreize zur Jobsuche [tagesschau]
- Videos und Audios zum Thema Hartz IV [Mediathek]



Kinder trifft es besonders hart

Immer größer sei die Nachfrage bei den Caritas-Stellen, die kostenlos Kleidung, Erstausrüstung für Neugeborene oder auch Hilfe bei Kinderbetreuung anbieten. Bevor Antragsteller hier etwas bekommen, müssen sie ihre Einkommensverhältnisse offen legen. Ob Hartz-IV-Empfängern künftig mehr Geld oder Sachleistungen bekommen sollen? "Schwierig", sagt die Sozialarbeiterin. Sicher seien gerade im unteren Bildungssegment viele Betroffene, die "schlecht mit Geld umgehen können". Andererseits sei es wichtig, den in Armut geratenen Menschen nicht immer mehr an Eigenverantwortung zu nehmen.

Höhere Sätze oder Einmalzahlungen

"Das eine tun und das andere nicht lassen", formuliert es Andreas Meiwes, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW. Dass bei der derzeitigen Berechnung der Regelsätze für Kinder dieselben Bedürfnisse zugrunde gelegt werden wie für Erwachsene, führe dazu, dass beispielsweise der spezielle Bildungsbedarf von Kindern nicht berücksichtigt sei. Denkbar sei eine grundsätzliche Anhebung, aber auch Einmalzahlungen zu bestimmten Zeitpunkten - wenn ein neuer Schultornister oder Nachhilfeunterricht fällig ist.

Bei Hartz IV gehe es um die Sicherung eines Existenzminimums, sagt Meiwes. "Das kann man nicht mehr nach unten drücken". Meiwes weist außerdem darauf hin, dass beim derzeitigen Niedriglohniveau in Deutschland viele Hartz-IV-Empfänger gleichzeitig in Vollzeit arbeiten, aber derart schlecht bezahlt werden, dass sie trotzdem auf die staatliche Unterstützung angewiesen seien. Langzeitarbeitslose undifferenziert als arbeitsunwillig und faul zu bezeichnen, bezeichnet Meiwes als Skandal. "Das ist genauso unwahr wie die Aussage, alle FDP-Politiker seien Steuerhinterzieher, weil einige von ihnen wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurden."

Städte befürchten zusätzliche Kosten

Mit Bedenken sieht der Städtetag NRW der Neuberechnung entgegen, denn eine Erhöhung der Regelsätze würde auch höhere Ausgaben der Kommunen bedeuten. "Das wird man sich anschauen müssen", sagt Volker Bästlein, Sprecher des NRW-Städtetags. Eine Anhebung von 30 Prozent, wie sie von Sozialverbänden bereits gefordert wurde, lehne der Städtetag rundheraus ab. "Die damit verbundenen Belastungen könnten viele Kommunen, vor allem die hoch verschuldeten, finanziell überhaupt nicht schultern."

Mehr zum Thema

- Die nervöse FDP
Die FDP bangt um ihre Macht in NRW (17.02.10)
- Hartz-IV-Urteil: "Längst überfällig"
Reaktionen zum Hartz IV-Urteil der Verfassungsrichter (09.02.10)
- Schwerpunkt: Urteil zu Hartz IV

Kommentare: 45

- Kommentare schließen

Anonym schrieb vor 2 Stunden(n):

@Kalle Maximus, der von ihnen beschriebene Zustand wurde bewußt und gegen den Willen der Alliierten von Adenauer so herbeientschieden (Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates 1948 entspricht heutigem Einfluß damaliger Gruppierungen) und mit einer 2/3 Klausel auf ewig zementiert, denn 50% der Parlamentarier stellen laut "Von Arnim" die Staatsdiener. Da wird sich also nichts ändern, obwohl allein die nicht eingezahlten Pensionen.....

Hanniball schrieb vor 2 Stunden(n):

Wenn der DIW feststellt, dass heute überwiegend junge Menschen (bis 25-jährige) und Alleinerziehende armutsgefährdet sind, dann stellt sich mir die Frage: Weshalb ist das so? Weshalb haben wir so viele Alleinerziehende mit 2 und mehr Kindern? Wo ist der andere

Elternteil und warum zahlt er nicht? Was war zuerst da, gesellschaftliche oder finanzielle Schieflage? Ebenso bei sovielen jungen Erwachsenen, die in Armut leben. Klar, wenn heute kein Azubi mehr eingestellt wird, der nicht mindestens Abitur-Note 1,5 hat, können sich diese jungen Menschen kein Fundament erarbeiten und resignieren irgendwann. Auch hier die Frage: Was war zuerst da, gesellschaftliche oder finanzielle Schieflage? Ich bin der festen Überzeugung, es ist die gesellschaftliche Schieflage. Und jeder Euro mehr wird diese nicht beheben! Im Gegenteil es wird sie verschärfen.

anonym schrieb vor 2 Stunden(n):

Brigitte, denn es ist nicht schön wenn man seine Arbeit verliert, nach vielen Jahren Arbeit, alles aufbrauchen muß und nachher seiner Lebensleistung enthoben ist sich fragt warum und wofür, weil andere meinen und dann von ALG und H IV leben zu dürfen. Es ist niemanden zu wünschen je in die Abhängigkeit und Bedürftigkeit des Staates zu geraten, weil die Chance dort herauszukommen, dann etlichen Gruppen inzwischen leider sehr schwer ist. Wogegen für andere immer noch ein toller Job und viel Geld vorhanden ist. Ich finde es müssig auf die Bezieher zu schauen und zu schimpfen aber dabei die Ursachen des Ganzen komplett zu ignorieren. Ich wünsche mir, daß Menschen ein Einkommen haben von dem sie leben können gut leben können, sowohl von Aufstockern die ALG beziehen dürfen wie auch von normal Arbeitenden und das sollte auch der Wunsch der Bevölkerung und da Ziel der Verantwortlichen wieder sein. Allein schon um des sozialen Friedens Willen.

anonym schrieb vor 2 Stunden(n):

Brigitte Ja Politiker haben.. Ich erinnere mich an meine Kindheit. i.d. 60ern. Unsere Eltern konnten uns auch nicht alles kaufen was es gab wollten es auch nicht, bewußt. Ich habe es mit meiner Tochter ähnl. gehalten, bewußt. Weil Menschen Ziele brauchen. Man kann die Unterschiede die es leider neben H IV gibt nicht wettmachen und man muß es nicht angleichen, in dem Sinne daß alle alles gleich haben. Die Angst vor H IV scheint groß die der Menschen die damit leben und die der anderen ebenso, daß es denen besser gehen könnte. Eigentlich traurig denn H IV ist keine Glanzleistung weder von AG noch Regierung. Wenn sie von alleinerziehenden Müttern schreiben, denken Sie da auch an die Witwen und gesch. Frauen denen es weniger gut geht, weil Mann sich verdrückt u.a. Gegen Lohndumping und Ungerechtigkeit an sich zu sein finde ich gut aber die Schimpferei auf Arbeitslose, die in den letzten zwei Jahrzehnten entlassen wurden z.B., gehen mir gegen die Hutschnur weil diese Menschen leiden.

Maria Sühnemann schrieb vor 2 Stunden(n):

Wenn mehr, dann mehr in Infrastrukturen und Leistungen, die klar erkennbar von unserer Gesellschaft geleistet werden. Wobei ich Wert darauf lege, um nicht schlecht zensiert zu werden (lach) das unsere Gesellschaft alle Menschen umfassen sollte, die mit ihren gesunden Kräften als Garanten für eine funktionierende menschliche Gesellschaft stehen müssen. Über staatliche Fürsorge machen sich Menschen mehr Gedanken, als wenn sie sich mit einem gleichen Geldbetrag als kleine Könige wähen, die sie in Wirklichkeit nicht sind. Ein kleines Wenig mehr Nachdenken über gesellschaftliche Zusammenhänge und ein kleines Dankeschön für staatliche Fürsorge würde auch aus vielen kleinen Kronen keine Zacken herausbrechen. Ich selbst bin mir nicht zu fein, all denen, die sich in der ddr für uns Kriegs- und Nachkriegskinder einsetzten, vieles für uns taten, was man heute vergessen will, herzlich zu bedanken. - Fürchten sich unsere Volksvertreter vor solchen ähnlich angenehmen kleinen Nachgedanken noch?

- ▶ Alle Kommentare anzeigen
- ▶ Kommentar hinzufügen

Stand: 18.02.2010, 06:00 Uhr

© WDR 2010